

75. Jahrestag der Befreiung – eine Gedenkrede

Mein Name ist Max Reimann. Ich bin 33 Jahre alt und wohne seit 2017 in Zossen. Ich bin Ortsbeirat und aktives Mitglied bei der LINKEN in Zossen und im Landkreis Teltow-Fläming.

Ich habe weder den 2. Weltkrieg, die Nachkriegszeit und auch nicht mehr wirklich die DDR miterlebt. Wie es in einem real geteilten Land war, kenne ich nur aus Erzählungen, Büchern und Filmen. Genauso wie Bilder und Texte zum Nationalsozialismus, zum Krieg und zur Nachkriegszeit.

Wir befinden uns – gedanklich – am Ende des 2. Weltkrieges, mit über 60 Millionen Toten.

Am 7. Mai 1945 wurde die Vereinbarung der bedingungslosen Kapitulation aller deutschen Streitkräfte im Hauptquartier der Alliierten in Reims unterzeichnet, am späten Abend des 8. Mai erfolgte im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst die Gegenzeichnung der Kapitulationserklärung durch die Oberbefehlshaber der Teilstreitkräfte der Wehrmacht. Dies zog sich bis Mitternacht hin, wodurch es wegen der Zeitverschiebung in der Sowjetunion bereits der 9. Mai war, welcher seitdem dort und in den Nachfolgestaaten als »Tag des Sieges« gefeiert wird.

Im geteilten Deutschland gab es in der BRD lange Zeit keine Erinnerungspolitik zu diesem Datum.

Am 8. Mai 1965 verliert Ludwig Erhard (CDU), damaliger Bundeskanzler, eine Erklärung im Fernsehen, in der er anlässlich des »Tages der deutschen Kapitulation« betonte, »dem militärischen Zusammenbruch sei ein geistiger und moralischer Verfall vorausgegangen«. »Nur, wenn mit der Niederwerfung Hitler-Deutschlands Unrecht und Tyrannei aus der Welt getilgt worden wäre, dann hätte die ganze Welt Grund genug den 8. Mai als einen Gedenktag der Befreiung zu feiern«.

Eine für mich höchst fragwürdige Ausdrucksweise.

Am 8. Mai 1970 aus Anlass des 25. Jahrestages gibt es erstmals eine Regierungserklärung, durch die



sozial-liberale Koalition unter Willy Brandt (SPD). CDU/CSU versuchten dies zu verhindern, mit der Erklärung: »Niederlagen feiert man nicht«.

Von einer allgemeinen Anerkennung kann man erst zum 8. Mai 1985 sprechen, als Richard von Weizsäcker (CDU) in einer Gedenkstunde des Bundestages den 8. Mai als »Tag der Befreiung von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft« bezeichnete.

Ich bin froh, dass ich heute mit euch hier den »Tag der Befreiung« begehen kann. Ich besinne mich darauf, und bedanke mich dafür bei der Roten Armee wie auch bei den Alliierten, dass die Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten und der Krieg ihr Ende gefunden haben.

In der DDR wurde der 8. Mai auf Beschluss der Volkskammer im Jahr 1950 als Feiertag mit dem Titel »Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus« mit besonderer Andacht an die Rote Armee eingeführt.

Im wiedervereinigten Deutschland war es Gerhard Schröder (SPD) – dessen Freund ich nun wahrlich nicht bin –, der am 8. Mai 2000 sagte: »Niemand bestreitet heute mehr ernsthaft, dass der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung gewesen ist – der Befreiung von nationalsozialistischer Herrschaft, vom Völkermord und dem Grauen des Krieges«.

Es wäre schön, wäre dem wirklich so.

Ich weise auf die Bestrebungen hin, den 8. Mai als dauerhaften und bundesweiten Feiertag festlegen zu lassen. Auf Initiative der Ehrenvorsitzenden der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten und gleichzeitig Vorsitzenden des Auschwitz-Komitees in der Bundesrepublik Deutschland, Esther Bejarano, und natürlich auch anderer Personen und Organisationen, schließen sich immer mehr Menschen dieser Forderung an.

Viele Politiker*innen aus allen demokratischen Parteien unterstützen diese Petition, die in nur einem Monat bereits über 85.000 Unterschriften erhalten hat.

Der AfD gefällt das gar nicht. Alexander Gauland, Chef der AfD-Bundestagsfraktion, erklärte: »Für die KZ-Insassen ist es ein Tag der Befreiung gewesen. Aber es war auch ein Tag der absoluten Niederlage, ein Tag des Verlustes von großen Teilen Deutschlands und des Verlustes von Gestaltungsmöglichkeit«.

Nun, ich hoffe, dass rechte Parteien nie wieder eine derart große »Gestaltungsmöglichkeit« erhalten und ich werde alles in meiner Macht stehende dafür tun.

Ich empfinde es als außerordentlich wichtig aus der Geschichte zu lernen. Auch wenn ein jeder das »aus der Geschichte lernen« erst erlernen muss.

Max Reimann, Zossen



Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser,
liebe Genossin, lieber Genosse,

aus aktuellem Anlass möchte ich mich hier zu dem Ereignis in der Forster Stadtpolitik äußern – denn dieses hat mittlerweile eine landesweite Dimension erhalten. Dass LINKE und AfD unabhängig und un-abgesprochen voneinander Anträgen zustimmen, lässt sich nicht vermeiden und kommt vor. Dass aber ein LINKE-Mandatstragender (hinterher) eine gemeinsame Pressekonferenz mit der AfD gibt, widerspricht klar der Beschlusslage unserer Partei: Es galt und gilt der Grundsatz, dass es keine Zusammenarbeit mit der sich immer offener als faschistisch darstellenden AfD geben kann. Auch für unseren Kreisverband gilt, dass sich unsere Kommunalpolitiker*innen mit viel Herzblut und Engagement für die Belange der Bürgerinnen und Bürger in ihren Kommunen einsetzen. Dafür habe ich allergrößten Respekt. Aber auch für TF gilt, und das möchte ich an dieser Stelle versprechen: DIE LINKE arbeitet in keiner Weise mit der AfD zusammen!

FELIX THIER

Kreisvorsitzender

DIE LINKE.

Kreisverband Teltow-Fläming

VON ANKE DOMSCHEIT-BERG Digitales Lernen in einer globalen Pandemie

Durch die Corona-Pandemie wird sehr deutlich, wie schlecht unsere Schulen auf digitales Lernen vorbereitet sind, denn seit der Schließung der Schulen sollen Kinder digital von zu Hause aus lernen. Dabei fehlt es sowohl an technischer Ausstattung als auch digitalen Lerninhalten. Leihgeräte für Kinder gibt es in den seltensten Fällen und eigene Konferenzsysteme nutzen leider auch nur die wenigsten Schulen. Dass in Brandenburg nun 115 Schulen einen Zugang zur Schul-Cloud vom Hasso-Plattner-Institut (HPI) bekommen haben, ist natürlich ein Schritt in die richtige Richtung. Allein der

Zugang wird aber nicht ausreichen, um digitalen Unterricht angemessen durchführen zu können.

Dazu braucht es außerdem Lehrkräfte, die kompetent sind in digitaler Pädagogik, die wissen, welche Lernangebote und digitalen Werkzeuge es gibt. Außerdem fehlen Handreichungen, um Lehrkräften die Entscheidungen über technische Werkzeuge zu erleichtern. So wird leider WhatsApp genutzt, auch wenn es nicht die notwendigen Datenschutzstandards erfüllt.

Kinder brauchen auch Rahmenbedingungen, die gutes Lernen ermöglichen und da haben nicht alle Kinder gleiche Chancen. Viele Kinder müssen sich ein elektronisches Gerät mit der Familie teilen und manche Eltern haben keine E-Mail-Adresse, um mit



Jesko Denzel
BUNDESTAG UND KOMMUNE

Lehrkräften zu kommunizieren. Die wenigsten Eltern verfügen über die nötigen Fähigkeiten, um die Schule zu ersetzen. Wie gut Eltern hier unterstützen können, hängt sehr von ihrem sozialen Hintergrund ab. Und so führt die Corona-Krise dazu, dass die großen Bildungsunterschiede, die wir in Deutschland haben, sich weiter verschärfen werden. Deswegen müssen wir gemeinsam dagegen steuern.

Die Ausstattung der Schüler*innen aus weniger finanzstarken Familien muss sofort verbessert werden. Dazu gehört auch eine Unterstützung für die Kosten von Breitbandanschlüssen, denn digitaler Unterricht erfordert schnelles Internet. Die Schulträ-

ger müssen einheitliche Plattformen, auf denen z. B. gemeinsam digital gearbeitet werden kann (wie z. B. die Schul-Cloud), und datenschutzfreundliche Videokonferenzsysteme anbieten. Es müssen aber auch Nachhilfesysteme etabliert werden, um versäumten Unterricht nachzuholen. Viele Kinder werden so weit zurückgeworfen, dass sie den Anschluss verlieren.

Die Teilhabe von Kindern an Bildung hat auch in der Corona-Pandemie für uns oberste Priorität. Damit sich etwas ändert, haben wir z. B. auf Initiative meines brandenburgischen Kollegen, Norbert Müller, einen Kinder-Gipfel beantragt, denn Kinder sollten in der aktuellen Situation das Wichtigste sein.

Kontakt:

Anke Domscheit-Berg, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/227 731 07
Telefax: 030/227 761 07

E-Mail: anke.domscheit-berg@bundestag.de



VON NORBERT MÜLLER

Kinderrechte in Zeiten von Corona

Seit Jahren streiten wir für die Verankerung von Kinderrechten, bis auf die Lippenbekenntnisse der Großen Koalition, leider ohne Erfolg. Das häufigste Gegenargument, welches einem in den Diskussionen darum entgegen gebracht wird, geht ungefähr so: Das Grundgesetz betreffe die Rechte aller Menschen, was automatisch auch Kinder beinhalte. Änderungsbedarf bestehe dementsprechend keiner.

Wie trügerisch diese Annahme ist, offenbart sich derzeit auf bedrückende Art und Weise. So finden die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im Krisendiskurs kaum Beachtung. Sei es bei flächendeckender Schließung von Spielplätzen, der Schließung und Teilwiederöffnung der Schulen oder auch beim De-facto-Kontaktverbot von Heimkindern mit ihren leiblichen Eltern.

Um nicht falsch verstanden zu werden: viele der verhängten Maßnahmen waren gut begründet und

nachvollziehbar. Warum jedoch bei der Arbeit am Fließband ein geringeres Ansteckungsrisiko besteht als beim Treffen unter Teenagern an der frischen Luft, kann mir niemand erklären.

Als es um die schrittweise Schließung ging, stand folgerichtig nicht im Fokus, wie es jungen Menschen wieder ermöglicht werden kann, mit Gleichaltrigen in Kontakt zu kommen oder wie die gesamtgesellschaftliche Krisensituation pädagogisch aufgearbeitet wird. Nein, man wollte allein sicherstellen, dass Abschlussklassen »funktionieren« und, dass das ohnehin kinderfeindliche selektive Schulsystem, am Laufen gehalten wird. Dass Kinder dazu in der Lage sind (notfalls mit der Unterstützung Ihrer Eltern) auch eine Schaukel oder Wippe »pandemiegerecht« zu nutzen, wurde ihnen von vornherein abgesprochen. Und dass, Kinder jeglichen Alters in einer Reihe von Supermärkten, Hausverbot erhielten, war nicht nur den sie betreuenden Eltern gegenüber ungerecht.

Wie im Brennglas ließ sich in den vergangenen Wochen beobachten, welche gesellschaftliche Gruppe



privat
BUNDESTAG UND KOMMUNE

mit wieviel Macht ausgestattet ist. Denn im Ausnahmezustand regieren, noch mehr als sonst, die Interessen der Stärkeren. Und das sind »die Erwachsenen«. Zu diesen Starken gehört in Deutschland zweifelsohne die Automobilindustrie. Folgerichtig lud die Kanzlerin zum Autogipfel und übte sich mit einer erneuten Abwrackprämie als Wunscherfüllerin von VW, Audi und BMW. Als LINKE setzen wir auch in Krisenzeiten andere Prioritäten und fordern einen Kindergipfel! Dabei muss erörtert werden, wie Kinder auch im Ausnahmezustand zu ihren Rechten auf Beteiligung, Förderung und Schutz gelangen.

Was vor der Krise mitunter abstrakt erschien, zeigt sich nun ganz offen:

Kinder sind nicht einfach kleine Erwachsene, sondern haben individuell und auch als gesellschaftliche Gruppe eigene Bedürfnisse und Interessenlagen.

Damit diesem Umstand endlich auch im Grundgesetz Genüge getan wird, brauchen wir die Kinderrechte im Grundgesetz. Im Notstandsmodus droht nun, dass dieses wichtige Vorhaben des Koalitionsvertrags hinten runterfällt und sich die konservativen Kräfte mit ihrer Verweigerungshaltung durchsetzen. Als LINKE werden wir weiter darauf drängen, die Jüngsten unserer Gesellschaft nachhaltig zu stärken.

Kontakt:

Norbert Müller, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 03385/49 45 21
Telefax: 03385/49 45 22

E-Mail: norbert.mueller@bundestag.de

VON HELMUT SCHOLZ

Europatag: Ein neues Europa für und von den Bürger*innen

Der 70. Jahrestag der Schuman-Erklärung muss Anlass sein, eine Neuorientierung der Europäischen Union vorzunehmen – auch über eine Veränderung der Europäischen Verträge.

Vor 70 Jahren brachten Robert Schuman und Jean Monnet die spätere Europäische Union auf den Weg. Ihr Vorschlag, die Kohle- und Stahlindustrie Frankreichs und Deutschlands zu vereinen, ebnete den Weg für die europäische Integration und die heutige Europäische Union. DIE LINKE im Europäischen Parlament sieht die Bedeutung der europäischen Integration für unser friedliches und solidarisches Zusammenleben in Europa, und bedauert zugleich, dass die ursprüngliche Idee eines friedlichen und freundschaftlichen Zusammenlebens, wie von den Antifaschisten Altiero Spinelli und Ernesto Rossi bereits 1941 aufgezeigt,



Uwe Völkner/FOX

EUROPA UND KOMMUNE

vor allem durch Markt und Profit geprägt wurde.

Für die aktuellen Herausforderungen – Klimawandel, Brexit, Corona-Krise, Asyl-, Flüchtlings- und Migrationsherausforderungen, Friedenssicherung, Umsetzung der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele bis 2030, um nur einige exemplarisch zu nennen – ist die europäische Einheit und insbesondere eine handlungsfähige politische und soziale Union eine Notwendigkeit. Die gegenwärtige Krise legt aber die politischen Spaltungen innerhalb der Union offen und offenbart ihre konstitutionellen Schwächen. Das werden auch viele schöne Festtagsreden zum 70. Jah-

restag der Schuman-Erklärung nicht verbergen können.

Die gestiegene Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 2019 hat gezeigt, dass sich die Bürger*innen mit Europa beschäftigen, wenn ihnen die Möglichkeit dazu geboten wird. DIE LINKE im Europaparlament hält daran fest, dass Bürger*innen wirklich an ihrer Zukunft mitgestalten sollen. Diese Gelegenheit bietet die zweijährige Konferenz über die Zukunft Europas, auf der Vorschläge zur Neugestaltung der Europäischen Union mit Bürger*innen unterschiedlichen Hintergrunds, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und Interessenvertreter*innen auf europäischer, nationaler, regionaler und kommunaler Ebene diskutiert werden sollen. Wir werden diese zielorientierte und zugleich ergebnisoffene Konferenz kritisch begleiten. Sie soll nach Vorstellungen des Europäischen Parlaments gemeinsam mit den Bürger*innen konkrete Reformvorschläge erarbeiten, die – falls notwendig – auch zu Vertragsänderungen führen können. Noch fehlt genau dazu der politische Wille des EU-Rates; längst überfällig. Und spätestens die deutsche EU-Ratspräsidentschaft muss einen klaren Fahrplan für diese Kon-

ferenz vorlegen.

Es ist an der Zeit, die Tabus zu brechen, die die weitere europäische Integration im letzten Jahrzehnt blockiert haben, die soziale Ungleichheiten verstärken und viele Menschen an der EU haben zweifeln lassen. Zu oft stand Egoismus als Grundprinzip machtpolitischen Gezerres um nationale Vorteile der EU entgegen. Zu oft gab es keine Solidarität und nur wenig Bestreben zum substantiellen Angleichen der Entwicklungsunterschiede. Keine Gemeinschaft der Welt kann aber dauerhaft bestehen, wenn einige mehr als andere von dessen Mitgliedschaft profitieren. Positionspapier »Ein neues Europa für und von den Bürger*innen« Elektronisches Lesebuch »Reclaim the Manifesto of Ventotene. What future for the EU?«

Kontakt:

Helmut Scholz, MdEP

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/227 718 90

Telefax: 030/227 768 19

E-Mail: wk@helmutscholz.eu

VON ISABELLE VANDRÉ

75 Jahre nach der Befreiung: Mehr als nur Gedenken

Nachdem der Antrag der LINKEN, den 8. Mai 2020 zum gesetzlichen Feiertag in Brandenburg zu erklären, im Januar von der Mehrheit des Landtages mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt worden war, hatte unsere Fraktion eine Große Anfrage eingereicht. Ihr Titel »Wider das Vergessen: Gedenk-, Bildungs- und Erinnerungsarbeit in Brandenburg 75 Jahre nach dem Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa«. Darüber wurde am 7. Mai im Landtag diskutiert.

Dadurch bot sich für den Landtag in diesem Jubiläumsjahr eine der wenigen Möglichkeiten, um sich fundiert mit den Herausforderungen an zukünftiges Gedenken zu befassen. DIE LINKE hat als Grundlage dafür einen Entschließungsantrag vorgelegt, in dem wir die aus unserer Sicht wichtigsten Probleme benannt haben.

Ein besonderes Anliegen ist für uns die Sicherung der vielen kleinen Ge-

denkstätten und Gedenkort, die von dem ehrenamtlichen Engagement von Vereinen und Privatpersonen leben. Für sie sowie für die Gedenkort in kommunaler Trägerschaft wollen wir nicht nur eine stabile Förderung, sondern auch eine wissenschaftliche Betreuung durch die Gedenkstättenstiftung sichern. Unser Vorschlag: Der Auftrag der Stiftung wird um die »Förderung von Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen an die Zeit des Nationalsozialismus in kommunaler und privater Trägerschaft« erweitert. So können Projekte, die sich mit lokalen Erinnerungsorten an das nationalsozialistische Herrschaftssystem und die Alltagsgeschichte der NS-Diktatur befassen, stärker Eingang in die Erinnerungskultur finden. Ihre konzeptionelle Unabhängigkeit bleibt gewahrt, die Möglichkeiten durch die Gedenkstättenstiftung aber werden ausgeweitet. Dafür bedarf es selbstverständlich vom Land zusätzliche Mittel.

Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten hat in den vergangenen fast 30 Jahren einen großen Beitrag geleistet, um das Gedenken an die Zeit des Nationalsozialismus wachzuhalten und Wissen an künftige Generationen weiterzugeben. Dafür

**LANDTAG UND KOMMUNE**

gilt den Gedenkstättenleitungen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und unsere Anerkennung. Nun kommt es darauf an, die Stiftung auf die neuen Herausforderungen auszurichten, denn künftige Generationen werden nicht mehr durch Zeiteugenschaft von den NS-Verbrechen erfahren. Die Erinnerungen der Überlebenden an Verfolgung und Vernichtung müssen daher nicht nur gesichert, sondern die Bereitstellung infrastruktureller und konzeptioneller Voraussetzungen im Bereich der Digitalisierung sowie ihre pädagogisch-fachliche Aufbereitung breit

zugänglich gemacht werden. Dazu muss die Arbeit der Stiftung neu ausgerichtet werden. Dafür haben wir mit unserem Antrag Ansätze formuliert, die die Koalition aber nicht aufgreifen wollte. Sie lehnte den Entschließungsantrag ab, obwohl ihr Antrag nur Bekenntnisse, aber keinen einzigen Handlungsauftrag beinhaltete.

Wir werden unsere Ideen und Vorschläge in die Fachausschüsse einbringen. Und wir wollen auch, dass die Diskussion über den 8. Mai als gesetzlichen Feiertag in Brandenburg erneut umfassend geführt wird. Das sind wir den Opfern der Nazidiktatur, aber auch künftigen Generationen schuldig.

Kontakt:

Isabelle Vandré, MdL

Fraktion DIE LINKE.

im Landtag Brandenburg

Alter Markt 1

14467 Potsdam

Telefon: 0331/9661533

E-Mail: isabelle.vandre@

linksfraktion-brandenburg.de

Facebook: facebook.com/

isabelle.vandre

WIR ERINNERN, WIR MAHNEN, WIR SIND VERPFLICHTET: Der 8. Mai – Tag der Befreiung

Rede von **Felix Thier**, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde anlässlich der offiziellen Gedenkfeier der Stadt Luckenwalde

Im Jahr 1985 erklärte Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU): »Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.«

Der Bundespräsident widersprach damit all jenen, die den 8. Mai 1945 eher als Tag der Niederlage und als Tragödie für Deutschland ins Bewusstsein rücken wollen, die Ursachen, Schuld und Verantwortung des deutschen Faschismus am Zweiten Weltkrieg relativieren und verdrängen.

Mit dieser Rede schien ein neuer Gesellschaftskonsens möglich.

Heute, 35 Jahre später, erleben wir, dass rechtsextremistische Parteien und Organisationen, die die faschistische Herrschaft glorifizieren und die Verbrechen des Naziregimes leugnen oder zumindest relativieren, an Einfluss gewinnen und gewählt werden. Wir erleben, wie der Vorsitzende der größten Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag den 8. Mai 1945 als »Tag der absoluten Niederlage« bezeichnet und der Pressesprecher dieser Partei betont: »Dass der 8. Mai ambivalent gesehen wird, das ist auch die Position der Partei.«

Dass viele junge Menschen in unserem Lande über die Nazi-Diktatur, ihre Wegbereiter, über Ausmaß und Folgen dieser Gewaltherrschaft sehr wenig wissen, darf uns nicht gleichgültig sein.

Der Zweite Weltkrieg ging von Nazi-Deutschland aus. Dieser Krieg war einmalig in seiner Dimension. Er zerstörte Zivilisation und Kultur. Menschenverachtend planten und verwirklichten die Faschisten den industriellen Massenmord an Menschen jüdischen Glaubens, von Sinti und Roma, von anderen Völkern in den besetzten Gebieten, von politisch und weltanschaulich anders Denkenden, von Menschen mit Behinderungen, von Homosexuellen. Opfer von Faschismus und Krieg war in erster Linie die Zivilbevölkerung, waren Flüchtlinge, Vertriebene, Verschleppte, Vergewaltigte, Ermordete und Zwangsarbeiter.

Für Tausende kriegsgefangene Soldaten, Offiziere und Zwangsarbeiter war Luckenwalde mit seinem Stammlager, dem Stalag III A, erste Station ihrer Odyssee durch Deutschland – oder sie starben hier.

Bis Kriegsende befanden sich ständig zwischen 16.000 und 26.000 Gefangene im Lager. Damit wurde zeitweilig sogar die damalige Einwohnerzahl Luckenwaldes übertroffen – und die heutige allemal.

Als Folge von Unterernährung, schlechten hygienischen Verhältnissen sowie nicht ausreichender oder unterlassener medizinischer Versorgung kamen im Luckenwalder Lager allein im Kriegswinter 1941/1942 während einer Fleckfieberepidemie etwa 20.000 Gefangene ums Leben – das ist annähernd die Einwohnerschaft des heutigen Luckenwalde. 20.000 Menschen, nur in Luckenwalde, in einem Winter, elendig verreckt – wegen dem von Deutschland begonnenen Krieg! Die Toten im Lager wurden in großen Gruben verscharrt, die von deutschen Pionieren in den gefrorenen Boden gesprengt wurden. Weil die 1939–1940 angelegten Friedhofsfelder die Toten nicht mehr fassen konnten.

Im heute hier zugänglichen Areal des Stalag-Friedhofes ruht daher nur ein Teil der Opfer.

Die politische Leitung der Kriegsgefangenenlager war 1941 von der Wehrmacht auf die SS übergegangen. Organisation und, die mehr als schlechte, Versorgung oblagen aber weiterhin dem Oberkommando der Wehrmacht, Abteilung Kriegsgefangenenwesen – in dem übrigens auch Oberst Graf Stauffenberg tätig war. Heute ja von so einigen als Held geehrt.

Und ja: In Luckenwalde starb man im Kriegsgefangenenlager nicht nur an Krankheit, Entkräftung oder Hunger. Mitten auf dem Appellplatz stand der Galgen. In Luckenwalde, unserem Luckenwalde, wurde auch hingerichtet und gemordet!

Angesichts der täglich sichtbaren Not der Kriegsgefangenen halfen rings um Luckenwalde aber auch Deutsche trotz Verbots, wo sie konnten. Sicher dachte man dabei auch an die eigenen Männer, Väter und Söhne, die irgendwo in Gefangenschaft waren oder kommen konnten.

Andere ließen sich durch die kriegsgefangenen Zwangsarbeiter in Luckenwalde Häuser bauen, Ortsbauernführer der NSDAP holten sich ihre Arbeitsklaven direkt im Lager ab. Die Arbeitszeit in den Betrieben der Stadt begann täglich um 6 Uhr und endete nach zwölf Stunden um 18 Uhr.

Und die Kriegsgefangenen waren im Stadtbild für die Luckenwalder Bevölkerung sichtbar, niemand konnte sagen, er wusste von nichts. Überall wirkten die Gefangenekommandos bei der Produktion mit: ob an Maschinengewehren in der »Norddeutschen«, Flammenwerfer bei »Koebe«, Elemente für reaktive Geheimwaffen bei der Firma Wessel, Schrauben, Brote oder Bretter für Särge ...

Und doch gab es sie: Sozialdemokraten, Kommunisten, Parteilose, Kirchenvertretende, die sich einsetzten gegen den Krieg. So auch in Luckenwalde: Werner Scharff, Hans Winkler, Michael Schedlbauer, Paul Rosin, Günter Naumann, Henry Landes, Georg Brachmüller, Fritz Arendt, um nur einige zu nennen.

Am Vormittag des 22. April 1945 brachte ein Panzer der 63. Tscheljabinsker Gardepanzerbrigade der 4. Gardepanzerarmee dem Stalag III A – und damit zehntausenden Gefangenen – die Botschaft der Befreiung. Unser Luckenwalde wurde nicht erobert, sondern befreit. Kampflos übergeben, Quellen berichten von Menschen, die den Soldaten der Roten Armee mit weißen oder roten Fahnen entgegen gingen.

Die Toten auf beiden Seiten der Kriegsfrente mahnen zum Antifaschismus! Und zur ehrlichen Betrachtung der Geschichte gehört auch, bei so manchem menschlichen Leid nach 1945 niemals Ursache und damit verbundene Wirkung außer Acht zu lassen.

Unser ehemaliger Stadtverordnetkollege Dietrich Maetz äußerte sich in seiner Rede anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung 2005 so: »Gerade deshalb und weil die persönlichen Erinnerungen an diese schreckliche Zeit immer mehr verblassen, müssen wir wachsam bleiben und uns mit aller Entschlossenheit den ewig Gestrigen entgegenstellen. Nie wieder darf Geschichtsklitterung, nationale Überheblichkeit und faschistisches Gedankengut irgendeinen Einfluss in Deutschland gewinnen, und deutsche Kriegstaten dürfen nicht verklärt werden, das sind wir den Opfern schuldig, und deshalb sind Gedenkfeiern wie diese immer wieder notwendig.«



senheit den ewig Gestrigen entgegenstellen. Nie wieder darf Geschichtsklitterung, nationale Überheblichkeit und faschistisches Gedankengut irgendeinen Einfluss in Deutschland gewinnen, und deutsche Kriegstaten dürfen nicht verklärt werden, das sind wir den Opfern schuldig, und deshalb sind Gedenkfeiern wie diese immer wieder notwendig.«

Viele Menschen unterschiedlicher Herkunft und verschiedenster politischer, geistiger und religiöser Prägung engagieren sich, dass an den 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung von der Nazi-Barbarei erinnert wird und ein Lernen aus der Geschichte einsetzt. Dazu gehört für mein Verständnis endlich ein gesetzlicher Feiertag.

Im Ehrenhain – und dieser Name war und ist bewusst gewählt und passend – am Luckenwalder Stadtpark wurde 1979 zum Gedenken an die Toten des Stammlagers III A und der sowjetischen Befreier ein Denkmal errichtet, dessen Skulptur den unendlich glücklichen Augenblick der wieder erlangten Freiheit zeigt. Hierhin und auf den Stalag-Friedhof sowie an die Gräber der Befreier gehört unser Gedenken. Nicht vor Erinnerungstafeln in geschlossenen Gebäuden wie dem Rathaus mit begrenztem Platzangebot. Gedenken gehört in den öffentlichen Raum, es ist und muss für die gesamte Bevölkerung, nicht nur wenige Personen sichtbar sein. Alle sollen und müssen damit konfrontiert werden, es ist unsere aller Geschichte.

Und das würdige Gedenken mitzugestalten ist Aufgabe von uns Stadtverordneten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir sind die gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung, wir müssen Zeichen setzen für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Denn der Auftrag für jede und jeden, für uns alle, und das nicht nur in Luckenwalde, lautet:

Wir erinnern, wir mahnen, wir sind verpflichtet.

Mahnendes Gedenken und Erinnern durch DIE LINKE im Landkreis Teltow-Fläming

Fotos: privat



Am Ehrenmal auf den Waldfriedhof in Luckenwalde wurde all den Menschen gedacht, die im Zweiten Weltkrieg ihr Leben gaben.



Gedenken der Stadt Luckenwalde auf dem Stalagfriedhof, im Bild **Felix Thier**, der die offizielle Gedenkrede (siehe Seite 4) hielt.



Ehrendes Gedenken am Ehrenfriedhof in Dahme/Mark durch **Ilka Pietsch** und **Jörg-Martin Bächmann**



Ehrenmal Zossen, **Judith Kruppa**, Am Mellensee, und **Max Reimann**, Zossen



Am Mahnmal der Opfer des Faschismus in Jüterbog wurde der unzähligen Kriegstoten gedacht im Bild **Wolfgang Hippauf** und **Anton Gorisek**



Annerose Gerecke hat gemeinsam mit anderen der Kriegstoten in Trebbin gedacht.



Nelken schmückten die über 100 Gräber des Friedhofs Am Damm auf dem Liebfrauenkirchplatz in Jüterbog – niedergelegt durch ca. 20 Teilnehmende an der Ehrung



Nie wieder Krieg! Seid wachsam – Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!
Das war die Hauptlosung am sowjetischen Ehrenmal in Jüterbog-Damm. **Maritta Böttcher** hielt die Gedenkrede.



Am Mahnmal in Ludwigsfelde wurde der Kriegstoten gedacht, im Bild **Peter Dunkel**.

Redesplitter von Maritta Böttcher am 1. Mai

REDESPLITTER:

Solidarität braucht Organisation: Menschen vor Profite

Der 1. Mai ist der Kampftag der Arbeiter*innenbewegung. Zum ersten Mal seit 130 Jahren musste der Tag in diesem Jahr ohne Demonstrationen und Versammlungen der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften ablaufen, aus Sorge vor einer weiteren Verbreitung des Coronavirus.

Solidarität heißt dieses Mal: Abstand ist der neue Anstand

Doch weiter gilt: Gemeinsam sind wir stark! Die Corona-Krise hat gezeigt: Ohne die Beschäftigten geht es nicht. Gesundheit, Pflege, Landwirtschaft, Arzneimittel und Medizintechnik, Einzelhandel, Reinigungskräfte, Logistik und Postzustellung – das ist systemrelevant! Aber so werden die Beschäftigten – in der Mehrzahl Frauen – nicht bezahlt.

DABEI SEIN:

TERMINE UND AKTIONEN

Gemeinsame Beratung Kreisvorstand und KT-Fraktion
20.6., 10 Uhr, Ludwigsfelde

Sitzung des Regionalvorstandes TF Süd
7.7., 19 Uhr, Bürgerbüro Jüterbog

LINKSTREFF mit Herrn Niepalla,
Fachbereichsleiter für Soziales,
Familien, Sport und Kultur
9.7., 18 Uhr
Bürgerbüro Ludwigsfelde

Redaktionssitzung
15.7., 17.30 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Beratung Kreisvorstand
15.7., 19 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

Sitzung des Regionalvorstandes TF Süd
4.8., 19 Uhr, Bürgerbüro Jüterbog

LINKSTREFF
6.8., 18 Uhr
Bürgerbüro Ludwigsfelde

**Gesamtmitglieder-
versammlung RV TF Süd**
15.8., 9.30-12.30 Uhr
Kulturquartier Jüterbog

Beratung Kreisvorstand
19.8., 19 Uhr
Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

**Politischer Frühschoppen zum
Weltfriedenstag**
1.9., 10 Uhr,
Bürgerbüro Ludwigsfelde

ALLE TERMINE MIT BLICK AUF
DIE CORONA-PANDEMIE UNTER
VORBEHALT VON ZEIT UND ORT.

DIE LINKE FORDERT:

Systemrelevante Berufe müssen auch so bezahlt werden! Corona-Zulagen von 500 Euro für alle Beschäftigten in versorgungsrelevanten Berufen.

Alle Beschäftigte mit notwendigem engen Kontakt zu vielen Menschen müssen Schutzkleidung und Gefahrezulagen zum Gehalt bekommen. Viele Unternehmen versuchen die Krise für sich zu nutzen. Sie legen den Beschäftigten schlechtere Arbeitsverträge vor oder zwingen die Beschäftigten ohne ausreichenden Gesundheitsschutz zu arbeiten. Die Maßnahmen der Bundesregierung helfen den Unternehmen mehr als den Beschäftigten. Für die Unternehmen werden unbegrenzt Kredite bereitgestellt und Sozialversicherungsabgaben erlassen. Einen echten Rettungsschirm für die Menschen gibt es bisher nicht.

DIE LINKE FORDERT:

Lohnfortzahlung, die zum Leben reicht! Mit den Gewerkschaften fordern wir: Das Kurzarbeitergeld muss auf 90 Prozent aufgestockt werden. Die Differenz wird durch die Unternehmen gezahlt, die von den Sozialversicherungsbeiträgen befreit sind.

Gesundheitsschutz geht vor Profit! Wir brauchen gesellschaftliche, demokratische Entscheidungen, welche Arbeiten unbedingt gemacht werden müssen. Die Entscheidung darf nicht den einzelnen Arbeitgebern überlassen werden.

Kündigungsschutz! Unternehmen, die finanzielle Hilfen erhalten, dürfen Beschäftigte nicht entlassen. Alle befristeten Arbeitsverträge werden verlängert. Ausgelagerte Dienstleistungen dürfen während der Krise nicht gekündigt werden.

Kein Zwang zum Arbeitseinsatz! Erwerbslose oder Asylbewerber*innen für Ernteeinsätze in der Landwirtschaft zu verpflichten, lehnen wir ab.

Mieterschutz! Keine Kündigungen von Wohnungen während der Krise. Keine Mieterhöhungen. Zwangsräumungen, Strom-, Wasser- und Telefonsperren müssen verboten werden.

Keine Dividenden, keine Boni für Manager in der Krise! Die großen

Unternehmen wollen an ihre Aktionär*innen 44 Milliarden Euro an Dividenden auszahlen – während der Staat aus Steuergeldern und Umlagefinanzierung 650 Milliarden Euro für die Unternehmen bereitstellt.

Die Reichen müssen zahlen! Für eine gerechte Finanzierung der **Kosten der Krise wollen wir eine Abgabe auf hohe Vermögen fünf Prozent ab der zweiten Million Euro!**

DIE LINKE kämpft mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften. Für Arbeit, die zum Leben passt. Für eine Gesellschaft, in der Menschen vor Profite gehen.

Macht mit. Zeigt euch. Lasst euch nicht einschüchtern. Und bleibt gesund.



Maritta Böttcher bei ihrer Rede am 1. Mai auf dem Jüterboger Marktplatz in gebührendem Abstand – Abordnungen der SPD und der LINKEN; Foto: privat

Wahl des neuen Stadtvorstandes in Ludwigsfelde

Am 6. Februar 2020 haben die Mitglieder des Stadtverbandes Ludwigsfelde den Vorstand neu gewählt. Im Vorfeld dankte Silvio Pape den bisherigen Mitgliedern des Vorstandes für die allzeit engagierte Tätigkeit.

Der neue Vorstand setzt sich wie folgt mit folgender Aufgabenverteilung zusammen:

- Silvio Pape:** Vorsitz
- Bert Semmler:** Öffentlichkeitsarbeit
- Dirk Krause:** Internetauftritt und Facebook
- Tobias Lübbert:** Jugendarbeit

Bert Semmler, Ludwigsfelde



Ist ein grüner Kapitalismus möglich?

Mit zunehmender Sesshaftigkeit des Homo sapiens und der Entstehung von Land- und Viehwirtschaft in Mesopotamien vor etwa 20.000 Jahren extensivierte und intensiviert sich die menschliche Ausbeutung der Natur. Mit der Herausbildung des Kapitalismus und seiner Globalisierung erreichte sie ein vollkommen neues Niveau. Die Menge der Waren und Dienstleistungen und der damit zwangsläufig verbundene Verbrauch natürlicher Ressourcen wuchsen rasant.

Messzahl dieses Wachstums ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das globale BIP ist heute zehnmal so groß wie in 1980, während sich die globale Menge des jährlich ausgestoßenen klimawirksamen CO₂ und die Weltbevölkerung seitdem fast verdoppelt haben. Etwa die Hälfte des globalen BIP entfällt auf die vier Volkswirtschaften USA, China, Japan und Deutschland. Diese sind zugleich die konsumstärksten Länder.

Im Kapitalismus werden menschliche Arbeitskraft und Natur zu Waren, die von den miteinander konkurrierenden, produktionsmittelbesitzenden Unternehmen möglichst profitabel vernutzt werden. Der übergeordnete Zweck der gesellschaftlichen Produktion besteht darin, das Geldvermögen dieser Unternehmen zu vermehren, weshalb sie beständig ausgeweitet werden muss.

Für diese Wirtschaftsweise gibt es deshalb

nichts Schlimmeres, als die Sättigung der Nachfrage. Deshalb dürfen Waren nicht so lange halten, wie es eigentlich möglich wäre, Produktlebenszyklen werden immer kürzer und die Werbung muss permanent neue Bedürfnisse wecken.

Trotz oder vielmehr gerade wegen der vielgepriesenen Digitalisierung erleben wir eine Re-Materialisierung der Weltwirtschaft. Seit der Jahrtausendwende ist der weltweite Verbrauch von Mineralien und fossilen Energieträgern stark gestiegen. Schließlich basiert auch die Digitalisierung auf physischen Grundlagen wie riesigen Rechenzentren, deren Server aus nicht erneuerbaren natürlichen Rohstoffen wie Erdöl und Lithium hergestellt werden und gigantische Mengen an Energie verschlingen. Ein »grüner« Kapitalismus ist folglich eine ideologische Fiktion jener, welche gerne alles so lassen wollen, wie es ist.

Um ein würdevolles Leben aller Menschen in einer dafür geeigneten Ökosphäre zu garantieren, bedarf es deshalb einer globalisierten öko-sozialistischen Produzent*innendemokratie, die das kapitalistische Prinzip endlosen, zerstörerischen, sozial ungleich verteilten Wachstums durch die demokratische Planung und Verteilung der Produktion nach den Kriterien »Nachhaltigkeit« und »soziale Gleichheit« ersetzt.

Alexander Fröhlich, Blankenfelde-Mahlow

Die Corona-Krise und das Grundrecht auf Arbeit

Nach den Schrecken des vom deutschen Faschismus, Italiens und Japans ausgelösten 2. Weltkrieges wurde am 10.12.1948 in Paris die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte als rechtlich nicht bindende Resolution der UN-Generalversammlung verkündet.

Art. 23 regelt das Recht auf Arbeit: »Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit [...]«. In der Verfassung der DDR wurde dieses Grundrecht in Art. 24 geregelt und in der Praxis verwirklicht: »Jeder Bürger der DDR hat das Recht auf Arbeit. Er hat das Recht auf einen Arbeitsplatz und dessen freie Wahl entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen und der persönlichen Qualifikation[...]«. Die BRD hat die UN-Resolution zwar ebenfalls unterzeichnet, jedoch ein Grundrecht auf Arbeit nie im Grundgesetz verankert. Dies ist begründet im kapitalistischen Wirtschaftssystem, das auf Privateigentum an Produktionsmitteln basiert. Der Staat ist deshalb außer Stande jeder Bürgerin und jedem Bürger ein einklagbares Recht auf einen Arbeitsplatz zu gewährleisten. Gesellschaftliche Widersprüche zwischen staatlichen Verordnungen zum Schutze der

Bürger*innen in der Corona-Krise, die teilweise einem Berufsverbot gleich kommen, und der nicht vorhandenen staatlich garantierten Absicherung der Werkstätigen und Selbstständigen zeigen deutlich die Schwächen des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Aufgrund der Tatsache, dass in Ostdeutschland nach 1990 die Kernindustrien der DDR im Wesentlichen zerstört und nie wieder durch neue Strukturen aufgebaut wurden, basieren heute die produzierenden Bereiche hauptsächlich auf kleine bis mittelständische Betriebe sowie »verlängerten Werkbänken« internationaler Konzerne. München hat die Entwickler, wir haben die Leiharbeiter! Die Gefahr, dass sich besonders in unserem Landesteil der Abbau zahlreicher Arbeitsplätze z. B. durch die Corona-Krise, wiederholen könnte, ist sehr groß. Wir sollten uns deshalb eines unserer Kernziele erinnern: Aktiv für den Aufbau des Demokratischen Sozialismus zu werben. Dieser ist sogar nach dem Grundgesetz der BRD möglich; mit einer kleinen, folgenschweren Ergänzung. Das Grundrecht auf Arbeit für jede Bürgerin und jeden Bürger, mindestens aber auf soziale Sicherheit.

Bert Semmler, Ludwigsfelde

LESEULE



»Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute«

Unter diesem Titel veröffentlichte die kritische Journalistin Daniela Dahn Ende 2019 »Die Einheit – Eine Abrechnung«, wie der Untertitel lautet.

In ihrem achten Buch über die »Nachwendejahre« liefert sie dem Leser Fakten und deren Zusammenhänge, die in den letzten 30 Jahren unser Leben im Osten des geeinten Deutschland auf unterschiedlichste Weise bestimmt haben. Dabei sieht sie nicht nur schwarz-weiß, erkennt wohl die positiven Veränderungen in der Infrastruktur und im Erscheinungsbild vieler Städte. Aber was hat die »neue Macht« mit den Menschen gemacht? Nach 30 Jahren werden Fehler plötzlich zugegeben, nach Jahren der »Delegitimierung der DDR« und damit der Lebensleistung von Millionen fleißig arbeitenden DDR-Bürger*innen.

Im Klappentext heißt es: »Die Geschichte des Anschlusses der DDR ist eine Geschichte von Demütigungen, einer tätigen Verachtung ihrer Kultur, Literatur, Wirtschaft und sozialen Infrastruktur, die immer weiter fortwirkt.« Daniela Dahn prägt den Begriff des »Raubmensch-Kapitalismus« wie auch den »Kohlrabiens«, die versprochenen »blühenden Landschaften«.

Wer glaubt, dieses Sachbuch lese sich schwer, langweilig, der irrt. In drei große Teile gegliedert, werden diese wieder thematisch unterteilt in Kapitel von drei bis zehn Seiten, so dass ich als Leserin immer den Überblick behielt. Innerhalb des Textes gibt die Autorin Hinweise, wenn sie Fakten in anderem Zusammenhang wieder aufgreift. Eine umfangreiche Quellenangabe belegt die akribische Recherche bei den verschiedensten Autoren.

Dahn wendet sich besonders an die junge Generation, die »Generation Alarm«, die sich zur Zeit besonders um das Klima sorgt. Sie verweist aber darauf: »Wer [...] in der Klima-Bewegung vorankommen will, muss mit der Friedensbewegung zusammenarbeiten.« Der Komplexität und Schwere des Kampfes für eine menschenfreundliche Gesellschaft ist sich Daniela Dahn bewusst. Dennoch ist der »Raubmensch-Kapitalismus« nicht alternativlos!

Ein Buch, das wachrüttelt, nicht alle Erniedrigungen hinzunehmen.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal



Daniela Dahn:
Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute
rororo, 288 Seiten, 14 Euro,
ISBN: 978-3-499-00104-8

DIE LINKE. Teltow-Fläming **VOR ORT UND IM NETZ:**

Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-tf.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@dielinke-tf.de
dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
Albert-Tanneur-Straße 17
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-tf.de
dielinke-ludwigsfelde.de

[facebook.com/dielinke.tf](https://www.facebook.com/dielinke.tf)

Auch interessant:
dielinke-rangsdorf.de
dielinke-zossen.de
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam(MBS)
IBAN:
DE80 16050000 3633027415

**Leserbriefe
und Zuschriften sind
ausdrücklich
erwünscht.**

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktion: Maritta Böttcher
redaktion@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktionsschluss: 1. Juni 2020
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Auflage: 1.700, Juni 2020
Veröffentlichte Beiträge müssen
nicht in jedem Fall mit der Meinung
des Herausgebers übereinstimmen.

Blick der Jugend

Was bewegt die Menschen in Deutschland und bei uns in der Region? Diese Frage muss man sich zwingend am 1. Mai stellen.

Die Corona-Krise zeigt uns klar und deutlich, welche Berufe tatsächlich unterbezahlt sind. Dies sind die systemrelevanten Berufe. Dazu zählen unter anderem Beschäftigte in Krankenhäusern, in Altenheimen, im Einzelhandel oder in Speditionsbetrieben. Viele systemrelevanten Berufe haben auch ein Problem. Die Arbeit wird von einigen nicht gewürdigt. Während der Schicht wird man beschimpft, weil einige Unbelehrbare einfach nicht kapieren wollen, was dieser Ausnahmezustand für alle bedeutet. Egal ob Beleidigungen, weil kein Klopapier in den Regalen ist, oder geklautes Desinfektionsmittel auf Intensivstationen und Gemecker, weil der Patient mit Schnupfen in der Notaufnahme nicht vor dem Coronapatienten behandelt wird. Menschen die der Gruppe Widerstand 2020 angehören und Verschwörungstheorien verbreiten wollen, die sich weigern einen Mundschutz zu tragen, die von einer Impfpflicht sprechen, die der Meinung sind, Bill Gates will uns alle ausrotten. Man kann das Gefühl nicht loswerden, dass unsere Gesellschaft egoistisch und narzisstisch ist. Dann aber stellen sich andere abends auf die Balkone und klatschen. Eine schöne Geste, ohne Frage. Aber was bringt den »systemrelevanten« Mitgliedern unserer Gesellschaft dieser, teils schon selbstdarstellerische, Dank? Beruhigt er nicht viel eher das Gewissen derer, die die genannten Berufe vor der Krise belächelten und missachteten? Und was ist nach der Krise? Geht es weiter wie vorher? Es ist an der Zeit diese Berufsbranchen besser zu bezahlen. Es müssen dringend faire Entlohnungen her. Gäbe es in diesen Bereichen keine Beschäftigten mehr, hätten wir alle ein

großes Problem und wären wieder vollkommen auf uns gestellt. Daher fordern wir die Bundesregierung auf zu handeln. Es muss ein Mindestlohn für systemrelevante Berufe her, der zum Teil über dem Durchschnittsverdienst der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland liegt. Für Betriebe ist es nicht einfach diese Gehälter und Löhne zu bezahlen, daher sind staatliche Subventionen notwendig. Die Kohleindustrie wird jährlich mit über einer Milliarde Euro unterstützt. Dabei wissen wir alle, dass die Kohle ein reiner Klimakiller ist. Warum wird dies subventioniert, anstatt auf erneuerbare Energien umzusteigen? Schweden, Österreich und Belgien sind die ersten Staaten, die schon vollständig den Kohleausstieg ermöglicht haben. Wichtig sind für uns der Ausbau von Windkraftanlagen, Solaranlagen, Wasserkraftwerken und Geothermieanlagen. Ein zeitnahe Kohleausstieg bis 2025 wäre möglich. Die Subventionen wären also definitiv besser angelegt in der Förderung von erneuerbaren Energien und in systemrelevanten Berufen, die unser aller Leben zusammenhalten.

Ein weiteres Problem zeigt sich klarer als je zuvor. Großkonzerne, wie z. B. Volkswagen, schütten weiterhin Dividenden und Boni aus, fordern aber gleichzeitig am lautesten staatliche Hilfen in der Corona Krise. Es wird klar, dass Großkonzerne Politik zu ihrem Vorteil ausnutzen. Leider haben diese auch einen großen Einfluss auf die Politik in Deutschland. Politik sollte niemals für Konzerne gemacht werden, sondern für die Bürgerinnen und Bürger. Die wenigsten Großkonzerne sind tatsächlich auf staatliche Unterstützung angewiesen. Sie reißen damit ein milliardenschweres Loch in die Staatskasse, doch genauso funktioniert der Kapitalismus. Spenden von Großkonzernen an politische Parteien müssen strikt verboten werden, nur so kann glaubhaft Politik für alle gemacht werden.

Zur Zeit sehen wir auch, dass Kurzarbeit nicht auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen darf. Niemand kann etwas für eine solche Situation. Daher fordern wir die Bundesregierung auf, das Kurzarbeitergeld auf mindestens 90 Prozent zu erhöhen. Bei kleinen und mittelständischen Betrieben ist hierbei in der Regel auch eine Subventionierung notwendig. Für Azubis muss eins klar sein: Azubis müssen 100 Prozent ihres Azubigehalts bekommen. Viele Azubis haben ansonsten keinerlei Lebensgrundlagen mehr, verfallen in bitterste Armut und können nicht mal mehr ihre Wohnung finanzieren. Wir fordern auch einen höheren Mindestlohn in Höhe von 750 Euro brutto für Auszubildende. Dies gilt auch für Azubis, die in Berufen arbeiten, wie z. B. der Physiotherapie, die ihre Ausbildung vollständig aus eigener Tasche finanzieren müssen und keinen Cent dabei verdienen.

Ein weiterer wichtiger Schritt, um sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitssuchende zu unterstützen, sind digitale Stellenbörsen in den Kommunen und Kreisen. Jede Kommune und jeder Kreis sollte eigene digitale Stellenbörsen besitzen müssen. Mit diesem Angebot ermöglicht man eine spezifizierte Suche nach einem geeigneten Arbeitsplatz. Ein solches Angebot macht den Arbeitsmarkt lebendiger und fördert die wirtschaftliche Situation.

**Wer uns dabei unterstützen will,
kann sich gerne bei uns melden:
teltow-flaeming@ljsbb.de**



Tobias Lübbert



Tom Siedenber

Keine Geschenke den Hohenzollern

**Volksinitiative
jetzt unterschreiben
Liebe*r Leser*in,**

damit wir trotz Corona und Abstandsregelungen unserer Volksinitiative »Keine Geschenke den Hohenzollern« zum Erfolg verhelfen können (es fehlen lediglich ca. 5.000 Unterschriften), starten wir jetzt eine dezentrale Verteilaktion.

Die Unterschriftenlisten mit den frankierten Antwortbriefumschlägen gibt es bei den Parteigliederungen in den Regionen oder in der Kreisgeschäftsstelle in Luckenwalde. Sie können aber auch per Telefon oder E-Mail angefordert werden. Wir wenden uns mit dieser Aktion besonders an diejenigen, die noch nicht unterschrieben haben und ger-

ne unterschreiben würden. Bitte helfen sie uns, die fehlenden Unterschriften bis September diesen Jahres zu sammeln.

Mehr Informationen: www.keine-hohenzollern-geschenke.de

Manfred Thier, Kreisgeschäftsführer
DIE LINKE. TF